

# Wir brauchen eine Politik für Kinder

Von F. X. Kaufmann und K. Lüscher

Im Dezember des Jahres 1900 erschien in Schweden ein Buch, dessen Titel mittlerweile zu einem geflügelten Wort geworden ist: „Das Jahrhundert des Kindes“. Es fand zu seiner Zeit starken Widerhall, wie beispielsweise die Tatsache belegt, daß in Deutschland ein Jahr nach Erscheinen der Übersetzung bereits eine vierte Auflage nötig wurde. Die Verfasserin, Ellen Key, widmete es „allen Eltern, die hoffen, im neuen Jahrhundert den neuen Menschen zu bilden“. Den Titel will sie einem Drama von Harald Grote entnommen haben, worin ein älterer Mann einem jüngeren verheißt: „Das nächste Jahrhundert wird das Jahrhundert des Kindes — so wie dieses das der Frau war. Und wenn das Kind zu seinem Recht gekommen ist, dann ist die Sittlichkeit vervollkommenet. Dann weiß jeder Mensch, daß er an das Leben, das er hervorruft, mit anderen Banden geknüpft ist als mit jenen, die die Gesellschaft und die Gesetze auferlegen . . .“.

Ein solcher idealistischer Glaube an sittliche Vervollkommnung aus freien Stücken wird kaum mehr als zeitgemäß empfunden werden. Die Einsicht in die Bedeutung der Kindheit hingegen dürfte unter dem Eindruck vielfältiger Erkenntnisse der modernen Wissenschaften eher noch an Boden gewonnen haben<sup>1</sup>, und wenn nicht alles trägt, wird auch die Politik den Problemen der Kindheit zunehmend Rechnung tragen müssen. Die Ausrufung des Jahres 1979 zum „Internationalen Jahr des Kindes“ seitens der UNO ist dafür kennzeichnend.

## Kind und Staat

Rückblickend erscheint das Elend der Kinderarbeit als einer der wichtigsten Ausgangspunkte moderner Sozialpolitik: Sowohl in England (Peel-Act von 1802) als auch in Preußen (Regulativ gegen die Kinderarbeit von 1839) begann die Arbeitsschutzgesetzgebung mit Einschränkungen der Kinderarbeit. Seither haben sich die staatlichen Maßnahmen, welche auf Stellung und Lebenslage der Kinder direkt oder indirekt Einfluß nehmen, vervielfacht. Dennoch ist von einer Politik *für* Kinder nicht die Rede. Unser Staat beschränkt sich auf eine Politik *mit* Kindern: Am offensichtlichsten im Bereich der Familien- und Bildungspolitik oder der Vorschulerziehung, aber auch im Bereich der Wohnungs-, Verkehrs- und Sozialpolitik. Selbst Innen- und Wirtschaftspolitik beeinflussen nachweislich — wenn auch meist mittelbar — das Schicksal von Kindern, beispielsweise durch die Ausgestaltung des Ehescheidungsrechts oder die Beeinflussung von Arbeitssituation und Arbeitsmöglichkeiten der Eltern. Trotz dieser Zusammenhänge wird jedoch im Rahmen der bisherigen Politik die Frage kaum berücksichtigt, wie sich die verschiedenen politischen Maßnahmen auf die Lebenslage und die Entwicklungschancen der von ihnen betroffenen Kinder auswirken.

Die Realisierung einer *Politik für Kinder* erfordert nicht in erster Linie vermehrte Finanzmittel, sondern ein Umdenken der Öffentlichkeit und all der-

jenigen politischen Instanzen, deren Entscheidungen und Maßnahmen die Kinder betreffen: *„Politik für Kinder“* zielt auf die *ausdrückliche Berücksichtigung des Kindeswohls als gesellschaftspolitischem Teilziel bei der Ausgestaltung aller politischen Maßnahmen, von denen Kinder tatsächlich betroffen sind.*

In dieser allgemeinen Form dürfte unsere Forderung auf wenig Widerstand stoßen, aber auch recht folgenlos bleiben. Was das *„Kindeswohl“* betrifft, so halten wir uns alle für Experten, weil wir Kinder haben oder doch kennen oder zumindest gewesen sind. Wirkliche Experten für das Kindeswohl gibt es kaum<sup>12</sup>: Die Kinderärzte oder die in einzelnen Bundesländern ins Leben gerufenen Kommissionen *„Anwalt des Kindes“* versuchen neuerdings, in eine solche Aufgabe hineinzuwachsen, bleiben aber bisher auf der gewiß verdienstvollen Ebene von Einzelempfehlungen oder punktueller Opposition stehen. Welche öffentlichen Maßnahmen dem Kindeswohl förderlich oder abträglich sind und in welcher Hinsicht, hierüber wird in der Regel politisch nur dann gesprochen, wenn bestimmte Maßnahmen aus *anderen* Gründen gefördert oder bekämpft werden sollen — etwa in der Bildungspolitik: Das Kindeswohl wird zum ideologischen Gemeinplatz, den man dem Gegner um die Ohren schlägt. Von einer systematischen Berücksichtigung der Wirkungen öffentlicher Maßnahmen auf die Lebensverhältnisse unserer Kinder kann bisher nicht die Rede sein, denn wir kennen in der Regel weder die objektiven Auswirkungen bestimmter Maßnahmen, noch herrscht Einigkeit über die zu berücksichtigenden Kindesbedürfnisse.

Daß dieses Problem dem öffentlichen Bewußtsein nicht deutlicher wird, hängt an einem sehr einfachen Umstand: Die *Eltern* gelten als die eigentlichen Experten des Kindeswohls — ihrer *eigenen* Kinder! Dementsprechend erscheint dem öffentlichen und politischen Bewußtsein *Familienpolitik*, insbesondere eine an Einkommenshilfen für die Familie orientierte Politik, als ausreichend. Eine solche Auffassung geht von der Voraussetzung aus, daß die Förderung der Familie gleichermaßen die Kinder fördert, weil die Eltern am besten wissen, was ihre Kinder nötig haben und es ihnen nur an den materiellen Mitteln fehlt. Diese Auffassung ist jedoch umstritten: Zunächst war es vor allem die schon in den dreißiger Jahren von Max *Horkheimer* vorformulierte und nunmehr mit zweifelhaften Ergebnissen schichtspezifischer Sozialisationsforschung angereicherte Kritik an der gesellschaftlichen — Herrschaftsverhältnisse und soziale Ungleichheit stabilisierenden — Funktion von Familie, welche die politische Förderung von Familie in Frage stellte. Hinzu kam bald ein weiteres Argument: Viele Eltern seien nicht ausreichend imstande, ihren Kindern günstige Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen. Professionelle Erzieher und Ausbilder würden unter entsprechenden Bedingungen günstigere Sozialisationsergebnisse zu erzielen vermögen.

Die auf derartigen Überlegungen aufbauenden *bildungspolitischen* Diskussionen und Reformen seit der Mitte der sechziger Jahre setzten somit undiskutiert voraus, daß sie *auch* im Interesse der Kinder seien, zumindest der bisher bildungsmäßig unterprivilegierten. Kindeswohl wurde dabei selbstverständlich auf Interesse an Bildung reduziert — und mit ihm identifiziert. Die beim Problem der *„Arbeiterkinder an Hochschulen“* ansetzende Problematisierung der familiären

Erziehungsleistung bemächtigte sich immer früherer Lebensphasen und erreichte über die Vorschulphase zuletzt auch die Kleinkinder. Erst hier entstand ernsthafter gesellschaftlicher Widerstand, wie der Streit um das Projekt ‚Tagesmütter‘ zeigte.

Ob eine ‚Politik für Kinder‘ eher auf deren eigene Eltern oder auf öffentliche Einrichtungen setzen sollte, schien eine Zeit lang eine bloß politische Standpunktfrage. Seit *Bronfenbrenners* Auswertungen der amerikanischen Reformprogramme zur kompensatorischen Erziehung wissen wir jedoch, daß deren dauerhafter Erfolg im wesentlichen davon abhängig ist, ob und inwieweit es gelingt, die Mitwirkung der Eltern an den durch öffentliche Maßnahmen induzierten Erziehungs- und Bildungsbemühungen sicherzustellen<sup>2</sup>. Eine Politik für Kinder, die *entweder* für die Familie *oder* für öffentliche Einrichtungen optiert, wird der faktischen Problemlage nicht gerecht. Politik für das Kind unter Umgehung der Familie ist weder wünschbar noch erfolgreich. Daraus folgt jedoch keineswegs, daß allein die Maßstäbe der Eltern bzw. deren Verhaltensweisen den Maßstab staatlicher Politik für das Kind bilden sollen. Damit würde in der Tat jegliche kompensatorische Funktion dieser Politik entfallen. Damit muß jedoch nach neuen Maßstäben für das ‚Kindeswohl‘ gesucht werden. Die Eltern sind Experten des Kindeswohls nur ihrer eigenen Kinder; ihre – häufig unterschiedlichen – Auffassungen können nicht zum Maßstab der Politik werden.

### Lebensverhältnisse der Kinder

Die Frage nach den politisch bedeutsamen Maßstäben des Kindeswohls bringt heute Politiker und Wissenschaftler noch gleichermaßen in Verlegenheit. Wir können im folgenden nur auf einige wenige sozialpolitisch bedeutsame Befunde und auf erste Ansätze wissenschaftlichen Nachdenkens hinweisen, die uns einer Beantwortung dieser Frage näherbringen könnten. In erster Linie handelt es sich darum, abzuklären, welches die tatsächlichen Lebensverhältnisse der Kinder und Familien sind, welche Veränderungen in jüngerer und jüngster Zeit stattgefunden haben und was für Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen bestehen<sup>3</sup>.

Dem ersten Anschein nach lebt der Großteil der Kinder in der Bundesrepublik in „normalen“ Verhältnissen, nämlich über 92 Prozent zu Hause bei *beiden Elternteilen*. Doch darunter befindet sich eine nicht genau bestimmbare, zunehmende Zahl von Kindern, die insofern mit besonderen Verhältnissen fertig werden muß, als sie einen Stiefvater oder eine Stiefmutter hat. Dies ist zum größeren Teil auf eine seit 1956 festzustellende Zunahme von Scheidungen zurückzuführen, wobei hervorzuheben ist, daß die Zahl der betroffenen Kinder stärker zunimmt als diejenige der Scheidungen. Dieselbe Entwicklung schlägt sich auch im Anstieg der Zahl alleinstehender geschiedener Eltern nieder. Größtenteils handelt es sich um Mütter; ihre Chancen der Wiederverheiratung sind geringer als diejenigen der Vä-

ter. — Eine ebenfalls nicht genau zu ermittelnde Zahl von Kindern verbringt den Tag oder die Woche bei *Pflegeeltern*; allein von den Jugendämtern werden rund 150 000 Kinder erfaßt. In Heimen wiederum sind schätzungsweise 80 000 Kinder untergebracht.

Wesentliche Veränderungen in den Lebensverhältnissen der Kinder brachte die zunehmend verbreitete *Berufstätigkeit der Mütter*. Heutzutage hat mehr als ein Drittel der Kinder unter 15 Jahren eine Mutter, die ganztags oder halbtags erwerbstätig ist. Allerdings gaben bei einer Mikrozensus-Umfrage 1969 rund zwei Drittel der Mütter von Kindern im Vorschulalter und im schulpflichtigen Alter an, sie kümmerten sich selbst um ihre Kinder, zumindest während eines größeren Teils des Tages. Die älteren Kinder sind in der Obhut von Kindergärten und Schule. Eine wichtige Hilfe sind überdies vielerorts die Großeltern. Gegenüber Daten, die bei einer ähnlichen Erhebung 10 Jahre früher ermittelt worden waren, als bedeutend weniger Mütter einem Beruf nachgingen, ergeben sich keine wesentlichen Verschlechterungen in der Form der Betreuung. Doch besagen diese Zahlen natürlich noch nichts über deren Qualität. So ist beispielsweise zu bedenken, daß gemäß einer Zeitbudgetuntersuchung berufstätige Mütter im Laufe einer Woche etwa ein Drittel weniger Zeit für ihre Kinder aufwenden als solche, die keinem Erwerb nachgehen oder nachgehen müssen.

Für sozusagen alle Kinder hat überdies das *Fernsehen* nachhaltige Verschiebungen im Tagesablauf gebracht. Der werktägliche Fernsehkonsum, der 1971 für die 4- bis 6jährigen 56 Minuten betrug, für die 7- bis 9jährigen 62 Minuten und für die 10- bis 13jährigen 86 Minuten, hat sich gemäß neuerer Untersuchungen noch ausgeweitet. Dabei wird zwar vieles gemeinsam in der Familie angeschaut, doch die Eindrücke werden von den Kindern größtenteils unter ihresgleichen verarbeitet, so daß insgesamt nicht die Rede davon sein kann, das Fernsehen trage zum Zusammenhalt in der Familie bei. Vielmehr ist anzunehmen, daß wegen des Fernsehens das gemeinsame Gespräch und das gemeinsame Tun oft zu kurz kommen.

Das Fernsehen wiegt noch schwerer, wenn man bedenkt, daß ein Großteil der Familie in kleinen Wohnungen lebt. Legt man die sogenannten Kölner Empfehlungen des Internationalen Verbands für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung von 1971 zugrunde (die beispielsweise für eine Familie mit zwei Kindern eine Mindest-Grundfläche von 70 Quadratmetern vorsehen), so leben gemäß einem Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim BMJFG ca. 45 Prozent aller Kinder unter 18 Jahren in der Bundesrepublik in Wohnungen, die der Mindestnorm nicht entsprechen<sup>4</sup>. Die zunehmende Verstädterung und die Ausweitung des Straßenverkehrs haben überdies die Spielmöglichkeit der Kinder in einer Weise eingeengt, der mit dem Bau von Spielplätzen nicht angemessen begegnet werden konnte.

Besonders betroffen sind von diesen Entwicklungen die Kinder *ausländischer Arbeitskräfte*, diejenigen, die in *Obdachlosensiedlungen* aufwachsen, und in vielerlei Hinsicht auch diejenigen mit körperlichen und seelischen *Behinderungen*. Nach wie vor bestehen überdies wichtige Unterschiede in den Lebensbedingun-

gen von Kindern auf dem Land und in städtischen Agglomerationen; hingegen zeigen Unterschiede der Konfession kaum mehr markante Auswirkungen.

Wie wirken sich die genannten und ähnliche Veränderungen und Unterschiede in den alltäglichen Lebensverhältnissen auf Kinder und Eltern aus? Stehen sie in einem Zusammenhang mit der markanten Zunahme der Straffälligkeit Jugendlicher, die beispielsweise von 1955 bis 1974 bei Diebstahl und Unterschlagung um 94 Prozent zugenommen hat, bei Raub und Erpressung sogar um 620 Prozent, wesentlich mehr als für die Straffälligen insgesamt, mehr aber auch als für Vergehen Jugendlicher im Straßenverkehr? Kann man die offensichtliche Zunahme des Drogenkonsums und des Alkoholismus auf Veränderungen der familiären Lebensverhältnisse zurückführen? Ist dies auch für eher qualitative Sachverhalte, wie beispielsweise politische Einstellungen, möglich?

### Eine Herausforderung für Politik und Wissenschaft

Diese Fragen gewinnen noch an Dringlichkeit, wenn wir zwei weitere Phänomene mit berücksichtigen: Zwischen 1965 und 1975 hat sich die Zahl der Geburten deutscher Eltern ziemlich genau halbiert, und die Häufigkeit verhaltensgestörter Kinder nimmt zu. Die erste Aussage ist statistisch exakt zu belegen, dabei ist der Geburtenrückgang etwa zu einem Drittel auf Veränderungen der Altersstruktur, zu zwei Dritteln jedoch auf Veränderungen dessen zurückzuführen, was in der Amtssprache „eheliches Fortpflanzungsverhalten“ heißt. Für die zweite Aussage fehlen genaue Statistiken und Vergleichszahlen aus der Vergangenheit, doch belegen gegenwärtige Schätzungen eindruckliche Größenordnungen: Nach E. Kloehn soll etwa jedes 5. Grundschulkind unter so schweren Verhaltensstörungen leiden, daß ohne entsprechende soziale und therapeutische Hilfen eine Überwindung unwahrscheinlich ist; nur etwa die Hälfte aller Grundschüler gilt als symptomfrei<sup>5</sup>. Es liegt auf der Hand, daß beim Zusammentreffen von Geburtenrückgang und wachsendem Anteil verhaltensgestörter oder gar krimineller Kinder und Jugendlicher die Größe des ‚problemlosen Nachwuchses‘ entscheidend reduziert wird und somit das *Problem der gesellschaftlichen Reproduktion* in qualitativer und quantitativer Hinsicht an politischer Priorität zunehmen muß.

Selbst wenn man sich diese von der offiziellen Politik noch weitgehend totgeschwiegenen Probleme eingesteht, so führt dies zunächst nur zu weiteren Fragen ohne verlässliche Antwort. Wir wissen weder Genaueres über die Motive und Bedingungen des „ehelichen Fortpflanzungsverhaltens“ noch über die Zusammenhänge zwischen frühkindlichen Schädigungen, Verhaltensstörungen, späteren Umwelteinflüssen und dauerhaftem ‚Versagen‘. Die Zusammenhänge sind zu komplex. Alle bisherigen human- und sozialwissenschaftlichen Forschungsversuche haben sich zwangsläufig auf so kleine Ausschnitte der gesamten Bedingungskonstellationen konzentriert, daß aus ihren Erklärungsversuchen keine brauchbaren Hinweise für politische Maßnahmen zugunsten von Kindern abzu-

leiten sind. Dies belegen eindrücklich die beiden ersten Familienberichte (1968, 1975) der Bundesregierung.

Die *quantitative* Komponente einer ‚Politik für Kinder‘ hätte von der Einsicht auszugehen, daß die Kosten für das Aufziehen der Kinder immer noch ganz überwiegend von den leiblichen Eltern getragen werden. Berücksichtigt man nicht nur die finanziellen, sondern auch die zeitlichen Aufwendungen der Eltern – insbesondere der Mütter – für die Pflege und Erziehung ihrer Kinder, so übersteigt der Wert der *familiären* Aufwendungen für die nachwachsende Generation in der Bundesrepublik die Gesamtheit der *öffentlichen* Aufwendungen für die nachwachsende Generation (einschließlich freier Träger, Bildungs- und Gesundheitswesen) immer noch in hohem Maße. Umgekehrt kommt jedoch der wirtschaftliche Nutzen der nachwachsenden Generation der gesamten Bevölkerung zugute: Kinder sind also – ökonomisch gesehen – weitgehend zu einem ‚öffentlichen Gut‘ geworden! Nur immaterielle Gründe können heute Eltern noch veranlassen, sich Kinder zu wünschen – und sie müssen sie nicht nur mit Geld, sondern vor allem auch mit Verzicht auf andere Zeitverwendung zahlen. In dem Maße, als wirtschaftliche Wertmaßstäbe in unserem Denken dominieren, in dem Maße gibt es gegenwärtig keine Motive mehr, eigene Nachkommen aufzuziehen! Und in dem Maße, als Kinder – meist aufgrund von Reaktionen der Umwelt wie Schule oder Nachbarn – mehr Last als Freude bereiten, geraten auch die immateriellen Motive in die Defensive.

Die *qualitative* Komponente einer ‚Politik für Kinder‘ läßt sich nur schwer auf so einfache Grundgedanken zurückführen. Dies hat seinen tieferen Grund in dem Umstand, daß für die Entwicklung des Kindes aller Wahrscheinlichkeit nach sehr alltägliche Ereignisse in seiner unmittelbaren Umgebung entscheidend sind, deren Häufigkeit mit Hilfe politischer Maßnahmen nur indirekt beeinflusst werden kann. Die förderlichen oder schädigenden Einflüsse sind zudem von sehr unterschiedlicher Art, so daß politische Einzelmaßnahmen – z. B. Kindergeld, verkleinerte Schulklassen, Erziehungsberatung, Wohnungsbau für kinderreiche Familien – meist nur einen kleinen Ausschnitt der kindlichen Lebenslage zu beeinflussen vermögen. Endlich müssen wir davon ausgehen, daß es in der Regel nicht irgendwelche Einflußursachen sind, welche unter allen Umständen fördernd oder schädigend auf die kindliche Entwicklung wirken, sondern daß es vor allem auf die Konstellation mehrerer Faktoren und deren zeitliche Abfolge ankommt.

Nimmt man dieses ‚Prinzip der multifaktoriellen Genese‘<sup>6</sup> (H. Schaefer) kindlicher Entwicklungsstörungen ernst, so zeigt sich, weshalb die hochgesteckten Erwartungen der psychologischen und soziologischen Sozialisationsforschung zurückgenommen werden mußten. Die Vorstellung, man könne kindliche Entwicklung und deren Bedingungen durch wenige Faktoren umfassend klären, muß wahrscheinlich aufgegeben werden.

Für eine Beantwortung der Frage nach den politischen Beeinflussungsmöglichkeiten kindlicher Entwicklungschancen – und nur sie interessiert im vorliegenden Zusammenhang – dürfte eine neue Richtung der Sozialisationsforschung besonderes Interesse verdienen, die im Anschluß an die grundlegenden Arbeiten des

amerikanischen Psychologen Bronfenbrenner als *ökologische Sozialisationsforschung* bezeichnet wird<sup>7</sup>. Diese Bezeichnung scheint angemessen, weil – der ursprünglichen Wortbedeutung folgend – von der kleinsten dauerhaften Lebens-einheit ausgegangen wird, dem ‚Oikos‘, d. h. dem Haushalt und der Familie als zentralem Ort kindlicher Sozialisation. Überdies besteht ein Zusammenhang mit einer zweiten Bedeutung des Wortes Ökologie, die es im 19. Jahrhundert in der Biologie erhalten hat: Hier ist damit die ‚Nische‘ gemeint, die sich ein Organismus zum Überleben aussucht. Schließlich liegt ein Bezug zum aktuellen Gebrauch des Wortes Ökologie vor: Es soll deutlich werden, daß der Lebensraum der Kinder ein Gebilde ist, das ebenso vielfältig und kompliziert ist wie unsere natürliche Umwelt. Soziale Aktionen in bezug auf die kindliche Umwelt können ebenso schwerwiegende und unbeabsichtigte Nebenwirkungen zeigen wie Eingriffe in die Natur. Welches sind die Prinzipien ökologischer Sozialisationsforschung?

Ausgangspunkt ist die inzwischen allgemein anerkannte These, daß Entwicklung und Sozialisation als ein Prozeß der aktiven Auseinandersetzung des Kindes mit und der Anpassung an seine Umwelt begriffen werden müssen. Wissenschaftlicher Erforschung und insbesondere intentionaler Beeinflussung zugänglich sind jedoch nur die relativ dauerhaften Elemente der kindlichen Umwelt. Es spricht zudem vieles dafür, daß – abgesehen von extremen traumatisierenden Ereignissen – die dauerhaften Elemente der kindlichen Umwelt in ihrem Zusammenhang die am stärksten wirksamen Elemente seiner Sozialisation darstellen. Folglich zielt die ökologische Sozialisationsforschung auf eine möglichst gründliche Erfassung der räumlich-dinghaften, sozialen und handlungsbezogenen Elemente der dauerhaften Umwelt des Kindes sowie ihres jeweiligen Zusammenhangs, also der *Struktur der dauerhaften Umwelt*.

Die Umwelt des Kindes konstituiert sich (und wird wissenschaftlich rekonstruiert) zunächst aus Alltagserfahrungen des Kindes – mit seiner Familie und Nachbarn, seiner Wohnung und Wohnumgebung, seinen Spielsachen, dem Kindergarten oder der Schule, den Gängen zum Arzt oder zum Supermarkt usw. Diese Alltagserfahrung des Kindes ist jedoch ihrerseits von identifizierbaren Faktoren abhängig, die die Erfahrungen des Kindes übersteigen: zunächst von Steuerungsleistungen der Eltern und sonstigen Erziehern, welche dem Kind bestimmte Erfahrungen ermöglichen oder ihm den Zugang zu möglichen Umwelterfahrungen abschneiden. Sodann sind die möglichen Umwelterfahrungen selbst Produkt übergreifender organisatorischer und gesellschaftlicher Zusammenhänge: Die möglichen Kontaktzeiten mit den Eltern hängen z. B. von Arbeitszeitregelungen, Verkehrsbedingungen, sonstigen sozialen Verpflichtungen und den gesellschaftlichen Auffassungen darüber ab, wann und wohin Eltern ihre Kinder mitnehmen können. Kindergarten und Schulerfahrung werden durch Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen der Träger mitbestimmt; die Organisation eines Krankenhauses entscheidet weitgehend die möglichen sozialen Kontakte zwischen Mutter und Neugeborenem, bzw. des hospitalisierten Kindes, usw. Diese Beispiele machen deutlich, daß die ökologische Sozialisationsforschung ge-

eignet ist, den Zusammenhang mit politisch beeinflussbaren gesellschaftlichen Makrophänomenen und dem Alltagserleben des Kindes zu rekonstruieren: Politische Maßnahmen können entweder darauf gerichtet sein, sozialisationsrelevante Umweltelemente den Bedürfnissen der Kinder entsprechend zu gestalten oder aber das Verhalten von Eltern und sonstigen Erziehern durch Erhöhung von Ressourcen an Geld oder Zeit bzw. durch Beratung, Bildung und Aufklärung im Sinne des Kindeswohls zu beeinflussen. Unser Wissen über die Möglichkeiten einer erfolgreichen sozialpolitischen Beeinflussung kindlicher Entwicklungsbedingungen kann nur über die systematische Untersuchung der *Wirkungsweise* praktischer politischer Maßnahmen verbessert werden<sup>8</sup>.

Das bedeutet mit anderen Worten, daß zwischen der Wissenschaft und der politisch begründeten praktischen Gestaltung des Alltags ein Verhältnis wechselseitiger Beeinflussung besteht: Nicht nur zieht die Politik Nutzen aus einer rationalen Grundlegung durch wissenschaftliche Forschung, sondern diese wiederum bedarf der steten Anregung, der Kenntnis und der Auseinandersetzung mit der Praxis, damit sie einen Beitrag zur besseren Erkenntnis der menschlichen Entwicklung leisten kann. — Gestützt auf diese Überlegungen stellen wir abschließend einige Thesen zu einer Politik für Kinder zur Diskussion<sup>9</sup>.

### Thesen

1. Eine Politik für Kinder fordert in erster Linie die ausdrückliche Berücksichtigung des Kindeswohls bei *allen* Maßnahmen, die sich auf die Lebensverhältnisse der Kinder auswirken. Dies stellt ein gesellschaftspolitisches Anliegen dar, weil die Pflege und Erziehung des Nachwuchses eine Aufgabe ist, die sich letztlich für die Gesellschaft als Ganzes stellt. Je mehr die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche wechselseitig voneinander abhängig sind, desto vordringlicher erweist es sich, Ziele für eine Politik für Kinder aufzustellen.

2. Eine Politik für Kinder ist *erstens* darauf ausgerichtet, zusehends bessere allgemeine Lebensverhältnisse für die Kinder zu schaffen und die Benachteiligungen bestimmter Gruppen von Kindern abzubauen, so daß für alle optimale Bedingungen der persönlichen Entwicklung und Entfaltung geschaffen werden. *Zweitens* umfaßt eine Politik für Kinder die Abwehr von Maßnahmen, welche die Qualität der Lebensverhältnisse der Kinder verschlechtern. *Drittens* bedeutet eine Politik für Kinder die Aufklärung der Öffentlichkeit über allgemeine und besondere Bedürfnisse von Kindern.

3. Da die bisherige historische Erfahrung, auch solche mit Alternativen, gezeigt hat, daß in unserem Kulturbereich die Familie diejenige soziale Institution ist, die *potentiell* die beste Lebensumwelt für Kinder zu schaffen vermag, und da Eltern *potentiell* am besten die umfassende Verantwortung für die Entwicklung der Persönlichkeit des einzelnen Kindes wahrzunehmen vermögen, besteht ein erstes Ziel einer Politik für Kinder darin, den Familien bzw. Eltern Voraussetzungen zu schaffen, damit sie auch *aktuell* diese Aufgaben optimal erfüllen können. — Dabei ist realistischerweise dem Umstand Rechnung zu tragen, daß es eine Viel-

falt von Familienformen gibt, in denen die Verantwortung von Eltern für Kinder verbindlich und umfassend wahrgenommen werden will und kann; insbesondere gehören dazu alleinstehende Mütter und Väter.

4. Die historische Einsicht in die besondere Stellung der heutigen Familie ist untrennbar verknüpft mit der Feststellung, daß die Familie die Aufgabe der Pflege und Erziehung der Kinder nicht isoliert wahrnimmt, sondern darin von anderen gesellschaftlichen Institutionen unterstützt und ergänzt wird.

Eine Politik für das Kind zielt auf die Anerkennung und Förderung der Leistungen familienunterstützender und -ergänzender Maßnahmen und Einrichtungen. Sie betreffen Einkommensleistungen, Dienstleistungen und spezifische Bildungsangebote in den verschiedensten Bereichen der Gesellschaftspolitik.

5. Organisatorisch betrachtet, setzt darum eine Politik für Kinder Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen voraus:

a) Kinder werden von einer Vielfalt staatlicher Maßnahmen betroffen: am offensichtlichsten im Bereich der Familien- und Bildungspolitik und der Vorschul-erziehung, aber ebenso unmittelbar im Bereich der Wohnungs-, Verkehrs- und Sozialpolitik. Mittelbar sind Kinder auch von Maßnahmen betroffen, die in erster Linie die Lebenssituation und die Handlungsmöglichkeiten ihrer Eltern betreffen, beispielsweise durch arbeitsrechtliche Regelungen, durch die Art der Arbeitsmarktpolitik oder die Reform des Ehescheidungsrechts. *Eine Politik für Kinder kann also keine Ressortaufgabe sein; sie ist notwendigerweise eine Querschnittsaufgabe der staatlichen Politik.* Dies bedeutet, daß seitens des Staates Koordinationsgremien geschaffen werden, die übergreifende Ziele formulieren und die wechselseitigen Beziehungen einzelner Maßnahmen untersuchen. Dies gilt sinngemäß auch für das Verhältnis der Organe des Bundes, der Länder und der Kommunen.

b) Seit jeher werden wichtige Aufgaben im Bereich der Politik für Kinder von freien Trägern aller Art durchgeführt. Diese private Initiative ist eine wichtige Voraussetzung, um die Vielfalt des Angebots zu wahren, die wiederum ein notwendiges Korrelat des Pluralismus und letztlich des Rechts auf Individualität darstellt. Überdies werden durch die Tätigkeit der freien Träger die Kosten niedriger gehalten, weil ihre Mitarbeiter Leistungen oft unentgeltlich erbringen bzw. weil die Eigenbeteiligung gefördert wird.

c) Die Vermehrung von Berufen und Stelleninhabern, die sich mit der Pflege und Erziehung von Kindern, mit der Beratung und Ausbildung der Eltern und mit der Administration sozialpolitischer Maßnahmen beschäftigen, und die sich in diesen Berufen abspielende Professionalisierung ist ein Zeichen der verbesserten Sachkunde im Umgang mit dem Kind. Doch es darf nicht übersehen werden, daß es in diesen Berufen auch Tendenzen gibt, sich eine eigene Nachfrage zu schaffen. Die Gefahr, daß dadurch die zumeist recht individuellen Qualifikationen der Eltern im Umgang mit ihren eigenen Kindern als bloße Laienmeinungen abgewertet werden, ist unverkennbar. Ziel aller Maßnahmen muß es daher sein, in den Familien, in den Nachbarschaften und in den Gemeinden bei Eltern und Kindern die Fähigkeit zur Selbsthilfe zu fördern.

6. Eine Politik für Kinder darf weder ausschließlich bei der Förderung der Familie noch bei der Förderung öffentlicher Einrichtungen einsetzen. Sie hat mehr von der Einsicht auszugehen, daß der Erfolg kindespolitischer Maßnahmen in nahezu jedem Falle erheblich vom Verhalten und der Mitwirkung der Eltern abhängt. Als ‚Querschnittsaufgabe‘ hat sie von der Einsicht auszugehen, daß die ganzheitliche Lebenssituation der Kinder notwendigerweise mit einer fragmentierten Organisation der diese Lebenssituation beeinflussenden politischen Maßnahmen konfrontiert ist, die zudem in ihren rechtlichen Regelungen auf den Einzelfall nur ungenügend Rücksicht nehmen können. Das Interesse der Eltern an ihren eigenen Kindern erweist sich daher – trotz möglicher Defizite des Elternverhaltens im Einzelfall als unerläßliche Voraussetzung, um den Erfolg öffentlicher Meinungen im Regelfall sicherzustellen.

7. In bezug auf aktuelle Probleme gilt beispielsweise:

a) Zu einem erheblichen Maße werden die Lebensverhältnisse der Kinder von den Arbeitsbedingungen der Väter und Mütter beeinflusst. Es scheint darum wünschenswert, daß – analog zu den Familienberichten vom Bund und von einzelnen Ländern – Bestandsaufnahmen über die internen sozialpolitischen Maßnahmen der Wirtschaft vorgenommen werden, die sich auf Eltern, Kinder und Jugendliche beziehen, wobei Möglichkeiten der Verbesserung – durchaus unter Beachtung der Kosten – abgeklärt werden sollen. Als Träger solcher Initiativen kommen Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und Großunternehmen in Frage.

b) In besonderer Weise werden die Lebensverhältnisse der Kinder durch die modernen elektronischen Medien beeinflusst, deren Auswirkungen noch weitgehend unbekannt sind. Die Beschäftigung mit den mutmaßlichen Auswirkungen von Gewaltdarstellungen ist lediglich die Spitze des Eisbergs.

Die direkte Beeinflussung der Ernährungsgewohnheiten der Kinder durch entsprechende ‚kindgemäße‘ Produkte, der stete Appell zum Konsum für den eigenen Gebrauch wie die Ausnutzung der Kinder zur Beeinflussung des Kaufverhaltens der Eltern sind Erscheinungen, die gründlicher Abklärungen bedürfen und nach klaren, durchsetzbaren Schutzbestimmungen rufen.

c) Das zunehmende Angebot von Beratung und Information der Eltern ist kritisch daraufhin zu prüfen, ob die Gültigkeit wissenschaftlicher Einsichten ungeRechtfertigt überschätzt wird, inwiefern solchermaßen eine nachhaltige Verunsicherung der Eltern eintritt und inwiefern Eltern in dauernde Abhängigkeit von Beratern und Informationsquellen geraten. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Frage, aus welchen Interessen an die Eltern herangetreten wird.

8. Eine Politik für Kinder steht in engem Zusammenhang mit der Erhaltung einer optimalen Bevölkerungsentwicklung. Es gibt keine Evidenz dafür, daß dies in unserem Kulturkreis in einer stagnierenden oder rückläufigen Gesamtbevölkerung liegt.

Eine bloß ökonomisch motivierte, an quantitativer Nachwuchssicherung orientierte Bevölkerungspolitik verkennt den elementaren Zusammenhang zwischen immateriellen Motiven des Kinderwunsches und der elterlichen Bereitschaft, die für eine gute kindliche Entwicklung unumgänglichen Verzichte auf sich zu neh-

men. Auch massive von der Kinderzahl abhängige Erhöhungen des Familieneinkommens reichen somit nicht aus. Nur eine Politik, welche die familialen und gesellschaftlichen Bedingungen des Kindeswohls ernst nimmt und fördert, hat Aussichten, auch die Bereitschaft zu einer ausreichenden Geburtenzahl dauerhaft zu erhalten. Quantitative Nachwuchssicherung ist unter den gegenwärtigen Bedingungen nur noch durch eine Verbesserung der qualitativen Nachwuchsbedingungen zu erreichen.

Die Chancen, für das politische Ziel ‚Kindeswohl‘ hohe Priorität zu erreichen, sind in unserer Gesellschaft ungünstig. Das liegt zum einen am bereits erwähnten Querschnittscharakter der Probleme; zum anderen sind Kinder eine Bevölkerungsgruppe, deren Wählerstimmen erst dann zählen, wenn sie zu dieser Gruppe nicht mehr gehören und die Erfahrungen der Kindheit ins Vorbewußte gesunken sind. Zudem ist mit Bedenken zu rechnen, daß das Postulat einer Politik für Kinder unter dem Deckmantel staatlicher Vor- und Fürsorge einen weiteren Zugriff des Staates auf die Privatsphäre seiner Bürger legitimieren sollte.

Demgegenüber müssen wir uns darüber klar sein, daß die Sorge um das Kind, die Pflege und Erziehung der kommenden Generation eine konstitutive Aufgabe ist, von der unser gesellschaftliches und unser privates Leben in besonderer Weise einen Sinn bekommt. In dieser Aufgabe verschmelzen sich der öffentliche und der private Bereich, denn die Bedingungen des Kindeswohls konkretisieren sich letzten Endes im Wohl des einzelnen Kindes. Die Einsicht, daß die Gestaltung der Lebensverhältnisse des einzelnen Kindes und der Kinder insgesamt mehr ist als lediglich die Bewältigung einer von vielen sozialen Aufgaben, sondern daß ihre Lösung eigentlich grundlegend für viele Probleme unserer Gesellschaft sein könnte, diese Einsicht, die zusehends an Verbreitung gewinnt, stelle die besondere Chance des Postulats nach einer Politik für Kinder dar.

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Für eine ausführliche Darstellung der Entwicklung der Rolle des Kindes siehe: Lüscher, K., Perspektiven einer Soziologie der Sozialisation: Die Entwicklung der Rolle des Kindes. *Zeitschrift für Soziologie*, 1975, 4, 359—377, sowie die Literaturübersicht von Lüscher, K. & Giehler, W., Die Soziologie des Kindes in historischer Sicht. *Neue Sammlung*, 1975, 5, 442—463.
- <sup>1a</sup> Vgl. auch Gisela Zenz, *Das ‚Kindeswohl‘ in der richterlichen Entscheidung*, in: psychosozial, 2/78, Rowohlt, Hamburg.
- <sup>2</sup> Bronfenbrenner, U., *Wie wirksam ist kompensatorische Erziehung?* Stuttgart: Klett-Verlag, 1974.
- <sup>3</sup> Die folgenden Ausführungen stützen sich auf: Lüscher, K. Sozialpolitik für das Kind. In Ch. von Ferber & F. X. Kaufmann (Hg.), *Soziologie und Sozialpolitik*. Opladen, 1977 (Sonderheft 19/1977 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpolitik). Vgl. auch die Zusammenstellung von Ludwig Liegle in *Neue Sammlung* 6/78: ‚Familien mit alleinerziehenden Eltern‘. Dokumente.
- <sup>4</sup> Wissenschaftlicher Beirat beim BMJFG, Familie und Wohnen. Bonn, 1975.

- <sup>5</sup> Kloehn, E., *Verhaltensstörungen — eine neue Kinderkrankheit. Ursachen — Symptome — Therapien*. München, 1977.
- <sup>6</sup> Vgl. Schaefer, H., *Kind — Familie — Gesellschaft*. Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Math.-natw. Kl. 1977/1. Abh. Heidelberg und New York, 1977.
- <sup>7</sup> Vgl. Bronfenbrenner, U., *Ökologische Sozialisationsforschung*. Stuttgart: Klett-Verlag, 1976.
- <sup>8</sup> Vgl. Kaufmann, F. X. et al., *Sozialpolitik und familiäre Sozialisation*. Abschlußbericht des Forschungsprojekts „Wirkungen öffentlicher Sozialleistungen auf den Sozialisationsprozeß“. Universität Bielefeld, Projektgruppe Wirkungsanalysen der Sozialpolitik. Bielefeld, 1978.
- <sup>9</sup> Siehe auch Lüscher, K. (Hg.), *Sozialpolitik für das Kind*. Stuttgart: Klett-Cotta, 1979 (im Erscheinen).